mit der materiellen Planung selbst über den zweckmäßigsten Einsatz der finanziellen Reparatur- und Erhaltungsmittel für die staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen. Die örtlichen Räte können dazu **finanzielle Reparatur- und Erhaltungsfonds** bilden. Auf der Grundlage zentraler Beschlüsse sind die Grundmittel der staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen zu bewerten und in Übereinstimmung mit der materiellen Planung exakte Bemessungsgrundlagen für die Höhe der jährlichen Fondszuführungen zu schaffen.

Zur Durchführung zusätzlicher Maßnahmen für die Durchsetzung **des wissenschaftlich-technischen Fortschritts** und zur Erhöhung des ökonomischen Nutzens sind die örtlichen Volksvertretungen berechtigt, **Kredite** für ihre Einrichtungen der örtlichen Versorgungswirtschaft und Wohnungsverwaltungen aufzunehmen. Sie sichern, daß die entstehenden Kreditzinsen und die Bewirtschaftungskosten sowie die Kredittilgung aus Mehreinnahmen und Einsparungen gedeckt werden und der zu erreichende ökonomische Nutzeffekt nachgewiesen wird.

Die Kreditinstitute haben die örtlichen Organe bei der Ausnutzung ihrer Kreditmöglichkeiten zu beraten. Sie kontrollieren die materielle Deckung und wachen darüber, daß keine materiellen Fonds in Anspruch genommen werden, die für die Erfüllung anderer Aufgaben vorgesehen sind.

Im Interesse der maximalen Auslastung der Kapazitäten, der Senkung der Selbstkosten und der guten Versorgung der Bevölkerung sind von den Volksvertretungen der Kreise, Städte und Gemeinden im Rahmen der Grundprinzipien unserer sozialistischen Preispolitik und der Richtlinien des zentralen Preisorgans die **Preise und Gebühren** auf dem Gebiet der kommunalen Dienstleistungen, des kommunalen Verkehrs und der Kultur selbst festzulegen. Diese Rechte sind den örtlichen Volksvertretungen schrittweise zu übertragen, damit die Preisbildung für diese Bereiche immer mehr dort erfolgt, wo im Interesse der Bevölkerung am sachkundigsten entschieden werden kann. Damit ist die Organisierung einer umfassenden Preiskontrolle für Konsumgüter, Dienstleistungen und Reparaturen unter breiter Einbeziehung der Bürger zu verbinden.

Die Erhebung der **Gemeindesteuern- und -abgaben** durch die Städte und Gemeinden ist im Rahmen zentraler Weisungen so zu gestalten, daß sie die Entwicklung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in den Städten, Wohngebieten und Gemeinden unterstützt.

Die Durchsetzung wissenschaftlicher Arbeitsprinzipien in den örtlichen Räten

Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte sorgen dafür, daß ihre Fachorgane sowie die nachgeordneten Räte eine einheitliche und komplexe Arbeit nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Führungstätigkeit entwickeln.

Dies erfordert in erster Linie die weitere Qualifizierung der Führungskader und aller Mitarbeiter. Durch gründliches Studium der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung, der theoretischen und praktischen Pro-

bleme der wissenschaftlichen Führungstätigkeit sowie der Auswertung der fortgeschrittensten Erfahrungen sind die Voraussetzungen für die Erhöhung des Niveaus der Führungstätigkeit zu schaffen.

Die Arbeitspläne der Räte werden, ausgehend vom Perspektiv- und Volkswirtschaftsplan, auf der Grundlage der Arbeitspläne der Volksvertretungen und der übergeordneten Räte ausgearbeitet.

In der Durchführung einer wissenschaftlichen Arbeit konzentrieren sich die örtlichen Räte vor allem auf die Erhöhung der Kollektivität und die Festigung der persönlichen Verantwortung, die wissenschaftliche Vorbereitung der Beschlüsse und die Qualifizierung ihrer Durchführung sowie auf die enge Zusammenarbeit mit den ständigen Kommissionen der Volksvertretungen, den gesellschaftlichen Organisationen und ehrenamtlichen Kollektiven.

1. Die Verwirklichung einer wissenschaftlichen Führungstätigkeit erfordert, die **Kollektivität und die persönliche Verantwortung** in der Arbeit der örtlichen Räte, vor allem in folgender Richtung zu erhöhen:

Konzentration der kollektiven Entscheidung auf die **perspektivischen und grundsätzlichen Fragen** der Entwicklung der Bereiche des Rates sowie auf diejenigen Probleme, in denen ein zeitlich und sachlich koordiniertes Zusammenwirken der Organe des Rates und der gesellschaftlichen Kräfte erreicht werden muß. Dabei ist von der Grundlinie der Entwicklung des Territoriums auszugehen.

Die Mitglieder der Räte gehen bei diesen Entscheidungen von der zentralen Aufgabenstellung und der Gesamtverantwortung des Rates aus und organisieren unter diesem Gesichtspunkt die Arbeit in ihren Bereichen.

Die Konzentration des Rates auf die Entscheidung von Fragen perspektivischen und koordinierenden Charakters bedingt gleichzeitig die Erhöhung der **persönlichen Verantwortung der Ratsmitglieder** für die Leitung der ihnen übertragenen Aufgabengebiete.

Sie erläutern den Mitarbeitern die Hauptrichtung der Arbeit, die sich aus den Beschlüssen der zentralen staatlichen Organe, der Volksvertretung und des Rates ergibt. Sie entscheiden die grundsätzlichen Fragen in ihrem Verantwortungsbereich und koordinieren die Arbeit.

In einer Arbeitsordnung legen sie die Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnisse der Mitarbeiter ihres Verantwortungsbereiches fest.

In Fragen, die nicht der Entscheidung des Rates bedürfen, führen sie die notwendige Koordinierung mit den Verantwortungsbereichen anderer Ratsmitglieder selbständig herbei. Die Mitglieder des Rates sind für ihren Verantwortungsbereich dem Rat gegenüber persönlich verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Die Räte laden zur Entscheidung wichtiger Fragen die betreffenden Vorsitzenden der ständigen Kommissionen der Volksvertretung ein.